

In einem Tisch.

Der unabhängige und der sozialdemokratische Parteivorstand stellen am Montag mittig im Reichstag eine Besprechung ab, um sich über die dem Reichskanzler vorzutragenden Forderungen zu einigen. In allen Fragen wurde erfreulicherweise eine vollkommene Einmütigkeit festgestellt. Nach dieser Beratung begaben sich die beiden Delegationen zum Reichskanzler. Genosse Wels sprach im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei und brachte als wesentliches Moment dem Reichskanzler gegenüber zum Ausdruck, daß Vertreter unserer Partei mit den Unabhängigen gemeinsam vorstellig werden und daß somit die tiefgehende Empörung innerhalb der Arbeiterschaft gekennzeichnet wird. Es sei unbedingt notwendig, zunächst gegen die nationalpolitischen Freibereitungen, die sich die Arbeiterschaft in Form von Frontkämpfertagen und der Hermit verbundenen Wege gegen die Republik bisher gefallen ließ, eingeschritten zu werden, soll Deutschland nicht in die schwersten innerpolitischen Wirren hineingeraten. Wichtig sei zu wissen, ob die Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten wieder in die Hand der richterlichen Bürokratie und somit in die des Vorstandes der Reaktion gelegt werden soll. Eine Reform unserer Justiz an Haupt und Gliedern im Sinne der Republik stelle Wels als dringendste Forderung der Gegenwart auf. Gleichzeitig betonte er, daß auch in den Verwaltungsorganen des Reiches und der Länder notwendige Reformen durchgeführt werden müßten. Ledebour betonte namens der Unabhängigen die volle Übereinstimmung der beiden Arbeiterparteien und unterstützte durch weitere Ausführungen nochmals die von Wels vorgetragene Auffassung. Besonderes Gewicht legte Ledebour auf die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, die auch von Wels gefordert wurde.

Der Reichskanzler antwortete den Führern der sozialistischen Parteien, daß er das gemeinsame Auftreten als einen politischen Faktor von großer Bedeutung werte. Der Regierung sei es nunmehr dicker ernst mit den angeforderten Maßnahmen und sie werde alle gesetzlichen Mittel ergreifen um für den Schutz der Republik Sorge zu tragen. Bei dem Gebrauch jeglicher Staatsgewalt rechne das Kabinett auf die Unterstützung aller demokratischen Kreise, insbesondere aber auf die der Arbeiterschaft. Zum Schluß warnte der Kanzler zur Besonnenheit, da nur so dem Auslande der Beweis erbracht werden könne, daß es der augenblicklichen deutschen Reichsregierung mit der Sicherung der republikanischen Staatsform ernst ist.

Der erste Schritt zur Sicherung der Republik ist nunmehr durch die Reichsregierung erfolgt. Der Aufruf des Kabinetts Wirts beweist, daß die Regierung willens ist, der Gewaltbewegung von rechts mit den legalen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Daß sich die Arbeiterschaft mit der Ankündigung entschloßener Schritte nicht zufrieden geben wird, ist dem Reichskanzler bereits zu verstehen gegeben worden. Wir verlangen eine gründliche Reform der Verwaltung und Justiz — eine Entfernung sämtlicher deutschnationaler Beamten, die heute noch in der Regierung sitzen und jede Arbeit der republikanischen Minister mit allen Mitteln zu sabotieren suchen. Zur Erfüllung dieser Forderungen wird die Sozialdemokratische Partei den notwendigen Druck ausüben, und es ist die Pflicht unserer Parteigenossenchaft, der Richtlinien des Parteivorstandes, der dafür Sorge tragen wird, daß diesmal die Worte zur Tat werden, nachzukommen. Durch die Schritte der Regierung und die voraussichtlichen Maßnahmen der sozialdemokratischen Fraktionen ist selbstverständlich die einheitliche Abwehrbewegung der Arbeiterschaft im ganzen Reich nicht überflüssig. Nur durch das entschiedene Auftreten unserer Parteigenossen im Lande wird es möglich werden, jetzt aus der Republik tatsächlich das zu machen, was nicht nur dem Innlande, sondern auch dem Auslande Vertrauen abgewinnt. Die Arbeiter auch der kleinsten Ortschaften müssen dem Bürgertum beweisen, daß irgend welche monarchistische Kundgebungen nie mehr geduldet werden. Sofort ist zu Gegenkundgebungen aufzurufen, wenn irgend eine Reaktionär sich erdreistet, die Republik zu verleumden und das verbrecherische Hohenzollernregime anzupreisen. Dasselbe muß von der Arbeiterschaft bei der Entfaltung irgend welcher reaktionärer Symbole erwartet werden. Dem Bürgertum auch in dem kleinsten Ort muß klar gemacht werden, daß die schwarz-rot-goldene Fahne heute das Banner des Deutschen Reiches ist, und daß sie nicht Luft hat, dieses Symbol der Republik noch länger als „Fahne der Judenrepublik“ beizubehalten zu lassen.

Rundgebung des Zentrums.

Im Anschluß an den Katholikentag fand heute nachmittags eine Sonderkundgebung der in Frankfurt anwesenden Vorstände der deutschen Zentrumspartei und Reichstagsfraktion statt, in der folgenden Rede der Abgeordnete Erzberger die Zentrumsparade zum Opfer. Tief erschüttert steht die Zentrumspartei an seiner Bahre. War doch sein ganzes Leben, seine Jugendkraft und sein Mannesalter dem Dienste der Partei gewidmet. Wenige arbeiteten so rastlos und hingebend im öffentlichen Leben wie er. Erzberger stand im Vorder- und des politischen Kampfes, und wie ist dieser Kampf gegen ihn geführt worden? Nicht mit ehrlichen Waffen, mit leidenschaftlichem Haß, auch mit Lug und Verleumdung, wurde die öffentliche Meinung veräppelt und das Ergebnis ist gemeiner Mord, und die Folge für unser gesamtes Volk? Verwüstung der politischen Sitten, Verfall jeder Ordnung und aufrichtiger Bürgerkrieg. Wir verurteilen jegliche Gewalt im Kampf der politischen Meinungen, komme sie von rechts oder links. Wir verdammen den politischen Mord, wir warnen und beschwören unser gesamtes Volk, laßt ab von aller politischen Leidenschaft, von aller persönlichen Verheißung, laßt den Geist, der solche Freundschaft zeitigt. Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor inneren Erschütterungen, der trete ehrlich auf den Boden der Verfassung, die das deutsche Volk und alle seine Stämme in freier Selbstbestimmung sich gegeben hat. Für Verfassungslösung ist heute weniger Raum denn je, aufbauende Arbeit bei der Wahlprüfung, Parteistunde! Das Grab Erzbergers darf sich nicht schließen, ohne daß ihr in nachdrücklichen Kundgebungen diesem Gedanken Ausdruck gebt. Trete zusammen in allen deutschen Gauen, um laut und feierlich Verwahrung einzulegen gegen jeden Kampf mit vergifteten Waffen, gegen verhängnisvolle Meinungsverheißung, gegen jegliche Gewalttat. Gelobet, einhellig und treu zu stehen zur Ordnung und Verfassung, eingebend unsern alten Wahrspruch: Für Wahrheit, Recht und Freiheit! Die Vorstände der deutschen Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion des Reichstages: Gerold, Ehrenrothender, Dr. Wirth, Siegerwald, Hedwig Dransfeld, Becker-Randberg.

Über den der Unabhängigen von den Kommunisten.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich in ihrer Montag-Abendausgabe mit den Vorgängen in Potsdam, denen durch Selbstmord zwei Kommunisten zum Opfer fielen. Das unabhängige Zentralorgan schreibt u. a.:

„Unsere Genossen müssen aus diesen Vorverurteilungen (Potsdam) die notwendigen Schlüsse ziehen. Der gestrige Sonntag hat gezeigt, daß die kommunistische Parteileitung ihre Leute nicht in der Hand hat. Jeder Kommunist glaubt, auf eigene Faust vorgehen zu können. Die Führer, die zur Verurteilung mahnen, werden beschimpft. Mit solchen Elementen können gemeinsame Demonstrationen nicht mehr gemacht werden.“

Wir sind schon lange dieser Meinung und begrüßen, daß jetzt auch die Unabhängigen, die noch vor wenigen Tagen Reizung zeigten, mit den Kommunisten gemeinsame Aktionen zu veranstalten, sich diese Aufforderung zu eigen gemacht haben. Wir begrüßen den unabhängigen Standpunkt, trotzdem die „rote Fahne“ sich in ihrer Montag-Abendausgabe mit den gemeinsamen Forderungen unserer Partei und der Unabhängigen einverstanden erklärt und bereit ist, hierfür einzutreten. Die Genossen mögen aus der gemeinsamen Ansicht der Unabhängigen und sozialdemokratischen Parteizentrale die notwendigen Folgerungen ziehen und künftighin jedes Anfechten der Kommunisten zur Verurteilung gemeinsamer Aktionen ablehnen. Diese Ablehnung liegt im Interesse der Arbeiterbewegung, aber auch im persönlichen Interesse unserer Genossen, die so nicht Gefahr laufen werden, durch kommunistische Unvernunft bluten zu müssen.

Arbeitende Jugend!

Die Republik ist in Gefahr! Die Ereignisse der letzten Tage, der Mord an Erzberger beweisen den Ernst der Situation. Als die junge Generation der Arbeiterschaft dürfen wir in diesen Stunden nicht müßig beiseite stehen. Die Erhaltung der Republik und ihrer demokratischen Verfassung ist die Vorbedingung für die Verwirklichung unseres sozialistischen Ideals. Sie gab uns die Möglichkeit unseres Kampfes, sie gewährte uns als sozialistische Jugendbewegung die elementarsten Lebensrechte, die uns der monarchistische Obrigkeitsstaat Jahrzehnte hindurch vorenthalten hat.

Der Kampf der Arbeiterschaft ist unser Kampf. Das Ringen um die Republik ist das Ringen um unsere Zukunft. Nehmt darum in Massen teil an den Kundgebungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft am Mittwoch, den 31. August. Demonstriert mit den Farben des Sozialismus und der Republik gegen den Mordmord und die Reaktion, für die Republik und den Sozialismus!

Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands.

Mordheger dürfen nicht sprechen.

(Druckbericht unseres Berliner Büros.) Die Deutschnationalen in Dessau halten zum Montagabend eine Versammlung einberufen, in der Graf Westarp auch einer von der Mordhegerliste, sprechen sollte. Unsere Parteigenossen sahen in der deutschnationalen Ankündigung schon eine Provokation und besetzten bereits zwei Stunden vorher den großen Kristallpalast restlos. Westarp blieb bei Versammlung fern. Unsere Parteigenossen benutzten die Gelegenheit, sofort zu einer Massenprotestversammlung gegen die Reaktion. In scharfen Worten protestierten die Redner der jetzt verankerten Kundgebung gegen den politischen Mord, durch den die Deutsche Republik vernichtet werden soll.

Die erste D. S. Beratung im Völkerbundsrat.

Der Völkerbundsrat trat heute nachmittags zu seiner ersten Beratung über die oberste politische Frage zusammen. Sämtliche Ratsmitglieder waren anwesend. Die vier ständigen: Jishi (Japan), Balfour (England), Bourgeois (Frankreich) und Imperiali (Italien), sowie die vier nicht ständigen: Wellington Koo (China), Quiñones de Leon (Spanien), Da Costa (Brasilien), Symans (Belgien) und Generalsekretär des Völkerbundes Sir Erich Drummond und zahlreichere Beamte nahmen an der Sitzung teil, die wie fast alle Völkerbundssitzungen nicht öffentlich war. Jishi präsidierte und vertas seinen Bericht über die oberste politische Frage.

Jishis Bericht.

Der Bericht, den der Präsident des Völkerbundsrates, Baron Jishi, gestern nachmittags in der Sitzung über die oberste politische Frage vorlesen hat, erinnert zunächst an die Texte, auf die sich der Rat stützen muß, wenn er die ihm angedeutete Aufgabe übernimmt, nämlich Artikel 12 § 2 der Völkerbundstatuten, nach dem jedes Mitglied des Völkerbundes das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf jeden Umstand zu lenken, der geeignet ist, die internationalen Beziehungen zu trüben oder den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Nationen zu stören. Die jüngsten Anzeichen in Ostpreußen beweisen, daß eine Regelung im Interesse des Friedens und des guten Einvernehmens zwischen den Nationen dringend notwendig ist. Des weiteren stützt sich Jishi auf den Brief Briand vom 12. August, der einen Vorschlag über die Lösung, die die alliierten und assoziierten Mächte treffen „sollen“ verlangt, endlich auf Artikel 87 und 88 des Versailler Vertrages, nach denen die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, einen endgültigen Beschluß über die deutsch-polnische Grenze in Ostpreußen zu fassen. Die Aufgabe des Rates bestünde allein darin, den im Obersten Rat vertretenen Mächten einen Vorschlag zu machen, aber die Mächte selbst haben allein den endgültigen Beschluß zu treffen. Jishi teilte anschließend mit, daß Briand am 24. August in einer Note an den Präsidenten des Völkerbundsrates erklärt habe, daß jede im Obersten Rat vertretene Regierung sich verpflichtet habe, die vom Völkerbundsrat empfohlene Lösung anzunehmen. Unter diesen Umständen, erklärte Jishi, hat der Rat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm übertragene Aufgabe anzunehmen. Jishi prüfte darauf die Frage, ob es sich um die Entscheidung über das Schicksal des gesamten obersteuropäischen Gebietes oder um die Aufstellung der Grenze handele und kam am Ende des Berichtes zu dem Schluß, daß es sich um die Aufstellung der Grenze handele. Der Bericht unterzucht dann das Ergebnis der Volksabstimmung in Ostpreußen, das, wie es wörtlich heißt, „leider nicht derart ist, daß es die Aufstellung einer Grenze gestattet, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht“. Auch laufe die geographische und wirtschaftliche Lage der Ostpreußen keine Entscheidung über die Grenze zu. Die Abstimmung habe gezeigt, daß sich im allgemeinen in den nördlichen Grenzbezirken, vor allem in den landwirtschaftlichen Gebieten, eine große Mehrheit für Deutschland ergeben hat, während in den anderen Gebieten im Süden die Mehrheit der Stimmen Polen zugefallen ist. Im Zentrum und im Osten sei in den ausgedehnten Gebieten das Ergebnis sehr vermischt. In den Gebieten der metallurgischen und chemischen Industrien und der Kohlen, Zink- und Eisenminen habe sich die Mehrheit der Gebiete für Polen ausgesprochen, aber in den wichtigsten Städten habe Deutschland eine bedeutende Mehrheit erhalten. Diese Städte seien aber von Gemeinden mit polnischer Mehrheit umgeben und von gewissen unheimlichen Mischungen der mehr oder weniger entfernten Landbezirke abhängig. Sie seien an der äußeren Grenze Ostpreußens gelegen. Allerdings seien die dazwischen liegenden Bezirke schwach bevölkert. Jishi betonte noch, daß er diese Tatsache nur erwähne, um die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kennzeichnen. Der Rat dürfe keine Aufmerksamkeit nicht ausschließlich dem einen oder anderen Teile der Gebiete schenken, da die oberste politische Frage in ihrer Gesamtheit vor dem Gerichtshof aufzuwerfen werden müsse. Jishi forderte zum Schluß den Rat auf, nach Annahme der Aufgabe sich über das einzuschlagende Verfahren zu äußern.

Der Bräutigam.

Schicksale eines Mannes. Von Hermann Seidelbach.

11) (Kaschdruck verboten.)
„Daß lieber „besseren“ sein.“
„Wie denn?“
„Nichts! — Oder schreibe: „rechtlich deutendem.““
„Also meinetwegen: „Brief- und-“ — mit — recht — ich — den — den — Herr —“ Weiter! Soll er von hier sein?“
„Ja — das ist ja gleich!“
„Also schreiben wir: „Ja — Stadt — oder — Land.“ — Zweits späterer Ehe.“ Nicht wahr?“
„Zweits — ja — er — Ehe.“ Es, das war es schon. Ich nun noch der Schluß: „Zur erscheinende Angebote unter — Welche Kennzeichen wollen wir angeben?“
„Ich weiß nicht.“
„Deine Anfangsbuchstaben: B. S. — eine Zahl — 495 — unter B. S. 495 an die Expedition — des „Generalanzeigers.“ — Wir nehmen doch den Generalanzeiger, nicht wahr? — So, fertig. — Haben wir etwas vergessen? — Ich denke nicht. — Halt! Über deinen Charakter müssen wir etwas sagen. — „Sanfte Gemütsart — häuslich geartet.“ — Nicht wahr?“
„Ich weiß nicht.“
„Ich schreibe es noch herein. — So. Jetzt, denke ich, ist alles in Ordnung.“
„Ja — ich möchte mich ja.“
„Kaschdruck?“ — Niemand erachtet es. — Ich kann auch bayerische Dialekte — Ehrenworte. — Nun laßt du ganz ohne Sorge sein.“
„Das mein ich auch nicht.“
„Was denn jetzt?“
„Ich — ich —“ — Es ist gar.“
„Fort zu.“ — Ich habe das Ganze jetzt nochmal vor. — „Schicksale eines Mannes, unterzeichnet von Hermann Seidelbach, 1914.“ — „Herrmann Seidelbach, württembergischer Journalist, 1914.“ — „Herrmann Seidelbach, württembergischer Journalist, 1914.“ — „Herrmann Seidelbach, württembergischer Journalist, 1914.“

gemeinte Angebote unter B. S. 495 an die Expedition des „Generalanzeigers.“ — Ist alles recht so?“

„Ja, ja.“
„Und die Annonce besorgen wir selbst. Wir nehmen sie dann gleich mit, Maria. Und nun: Glück auf!“

Am nächsten Morgen schon steht die Annonce in schmaler Spalte der Zeitung. Erst findet Beata sie kaum vor Erregung, die Zeitung zittert in ihrer Hand. — Und dann: „Herrmann Seidelbach, württembergischer Journalist, 1914.“

Unruhige Erwartung durchdringt ihr Herz in den kommenden Tagen. Sie schwankt zwischen Hoffnung und Zweifel. Sie möchte zweifeln, sie möchte das heimliche Glück erlösen, sie möchte Enttäuschungsbereitschaft in ihre Erwartung gießen — und doch ist die Hoffnung da und erfüllt ihre Brust, und ihre Seele erzittert vor dem Reize des Glückes.

Nach einigen Tagen bringen die Mädchen einen Brief und lesen ihn heimlich Beata zu.
„Nur ein einziger hat geantwortet.“
„Nur ein einziger. — Aber was wollte sie mehr? Sie hat einen Brief von einem, der sie begehrt, der sie liebt. Einer hat ihr geschrieben, sie hält seinen Brief in Händen — sie begreift es noch nicht.“

Bedend sucht sie ein Zimmer, wo sie allein ist. Sie öffnet mit zitternden Händen den Brief; sie liest:

„A, den 2ten April...
Bestes Fräulein!
Beglückwünsche auf Ihre glückliche Annahme vom 2ten April in Nr. ... des „Generalanzeigers“, gestatte ich mir, Ihnen folgenden mitzuteilen: Ich bin 23 Jahre alt, katholisch, besitze ein kleines erpriehtes Vermögen, das mit dem von Ihnen zu erwartenden und meinem Geschlechte vollkommen genügt, ein gemütliches Heim zu gründen. Es gefällt mir, daß Sie von sanfter Gemütsart und häuslich geartet sind, denn ich lege großes Gewicht auf ruhiges und geordnetes Leben. Wenn Sie also auf näherem Bekanntheit reflectieren, lassen Sie mir, bitte, weitere Nachrichten zukommen, wenn möglich mit Bild, und grüße Sie die Eltern.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
Anton Seidelbach, württembergischer Journalist,
Kaschdruck, 1914.

Zuerst ist Beata ganz erschrocken von dem vornehmen Worte „Rentamistsekretär“, bis sie langsam seine Bedeutung erfährt. Jetzt läßt sie da mit dem Brief in der Hand und blickt nur immer die schwebenden, wahren Zeiten an. Ja, es ist eine schöne, gemachte, lesbare Schrift mit klaren Buchstaben, ohne überflüssige Schnörkel, sehr sauber und schön und gewandt.

Immer wieder liest sie den Brief und begreift es noch nicht, und ihr Herz schlägt hoch. — Einer hat ihr geschrieben, er wartet auf Antwort, er wartet auf sie...

Die Mädchen brennen vor Neugier. Sobald ein Alleinsein sich fügt, fragen sie eifrig:
„Wer ist es? Was schreibt er?“
Beata gibt ihnen den Brief.
„Das ist ja glänzend! Was willst du mehr?“
„Rentamistsekretär — das ist schon was! — Frau Rentamistsekretär! — Wie das klingt!“

„Ach nein! Ich bitte euch, laßt das doch! Soweit ist es noch nicht!“
„Doch es kann ja werden!“
„Er möchte mein Bild und ich habe gar keins aus letzter Zeit. — Ich habe mich schon lange nicht aufnehmen lassen.“
„Dann läßt du dich eben morgen aufnehmen. Das eilt auch nicht. Er schreibt: „Wenn möglich.“ Er hat dir ja auch sein eigenes Bild nicht geschickt. Du schreibst ihm eben einwörtchen so, Recht lebenswürdig. Sollen wir helfen?“

„Ach nein! Danke! Das kann ich wohl allein.“

Am Abend kniet Beata vor geöffnetem Kommode und frant in alten Dingen. Sie will suchen, ob nicht doch noch irgendein Bild sich finde, das sie schicken könne. Sie hat eine Kerze entzündet, das große Licht der Lampe nicht weiter im Schlafe löse. Die Kerze steht auf dem Stuhle daneben, bestrahlt ihr Gesicht und läßt goldenen Schimmer in ihr gelbes Haar.

Bilder und Briefe, sorgsam verwahrt in samtbelegtem Kasten, blättern durch ihre Finger, verwellen manchmal für kurze Zeit vor ihrem betrachtenden Blick. — Wie lang ist das alles vergangen! Wie weit liegt alles zurück! So fern! Und ich doch ihr Leben, ihr eigenes! Und sind doch Augen geweinet. Dies ist sie selber als Kind. Sie kniet im Hemden auf weißem, lichenumtänzeltem Kissen und hält ein Krippchen in ihrer Hand. Sie blickt so groß und verwundert, und sie hat so brüllende, bunte Kerzen und Kerzen. — Ist es möglich? — War sie dies nicht? — (Fortsetzung folgt.)

Rußland und die Randstaaten.

Von Michael Smilg-Benarho.

Die Erfahrungen des Friedensvertrages von Riga haben mit voller Klarheit gezeigt, daß die Ziele, die die zur Zeit in Polen herrschenden Kreise Rußland gegenüber verfolgen, mit den Zielen der russischen Demokratie schroff auseinandergehen. Das Ziel der russischen Demokratie ist der Kampf mit dem heutigen Gewaltregime in Rußland. Für Polen, sowie überhaupt für die Randstaaten, ist der Kampf gegen den Bolschewismus nur ein Auswärtiges, auf das Letztgültige hinauseilen. Das wirkliche Ziel der neuen Nachbarn Rußlands ist die Schwächung des östlichen Kolosses. Vor einem Jahre, während des polnisch-russischen Krieges, erklärten Pilsudski und andere führende polnische Persönlichkeiten, daß der Kampf nicht Rußland, sondern dem Bolschewismus gelte. Doch diese feierlichen Erklärungen hinderten das siegreiche Polen nicht, sich mit den Bolschewisten an den grünen Tisch zwecks Friedensverhandlungen zu setzen und auf Grund des Pariser Friedensvertrages von Riga dem russischen Volke große Gebiete (Teile von Weißrußland und der Ukraine) zu entreißen. In jenen Tagen hat die polnische Presse mit offenem Zynismus erklärt, daß das Bestehen der Sowjet-Regierung im Interesse Polens sei, weil Rußland unter dem bolschewistischen Regime sich nicht zu einer Großmacht entfalten kann. Die Nachrichten über die schreckliche Hungerkatastrophe, die Rußland betroffen hat, haben begreiflicherweise das Interesse für die politischen Ereignisse im Osten Europas auf den zweiten Platz gedrängt. Indessen haben in den Randstaaten Konferenzen stattgefunden und sind Abkommen abgeschlossen worden, die von größter Bedeutung für die zukünftige politische Lage in Osteuropa sind und die den allgemeinen Frieden gefährden. Unter eifriger Teilnahme Frankreichs wurde vor kurzem zwischen Polen und Rumänien ein militärisches Abkommen abgeschlossen, worin beide Staaten sich verpflichten, einander mit ihrer ganzen militärischen Macht zu unterstützen im Falle eines russischen Angriffs auf einen von diesen beiden Staaten. Gleichzeitig fanden in Reval und Helsingfors Konferenzen statt, an denen außer den baltischen Randstaaten auch Polen teilgenommen hat. Daß diese angeblich ökonomische Besprechungen einen gegen Rußland aggressiven Charakter trug, beweist schon der Umstand, daß Litauen es abgelehnt hat, an diesen Konferenzen teilzunehmen.

Im Zusammenhange mit den Nachrichten über den Zusammenschluß der Randstaaten hat die Sowjetpresse Alarm geschlagen. Außer den verschiedenen Meldungen und den vielen Artikeln über die neuen Gefahren, die Sowjet-Rußland bedrohen, haben zu dieser Frage auch Kadeb und Steklow Stellung genommen. So schreibt z. B. der Chefredakteur der Moskauer „Iswestija“ (Nr. 165) u. a.: „Die uns feindlichen Kräfte schmieden neue Pläne gegen Sowjet-Rußland. Besonders beunruhigend wirkt das Abkommen, das zwischen Polen, Rumänien und der Tschecho-Slowakei abgeschlossen wurde. Vor kurzem war der Ministerpräsident Jugoslawiens in Paris gewesen und hat dort die militärische Unterstützung des Jugoslawischen Staates im Falle eines Krieges zwischen Rumänien und Polen gegen Sowjet-Rußland versprochen. In einem Leitartikel der „Pravda“ (Nr. 160) schreibt Karl Kadeb über daselbe Thema folgendes: „Wir stehen vor einer neuen Intervention, Frankreich bereitet in Polen eine Basis vor und will Rumänien und die baltischen Länder in seine militärischen Kombinationen gegen Sowjet-Rußland hineinziehen.“

Alle diese Befürchtungen der führenden bolschewistischen Persönlichkeiten über die Möglichkeit einer neuen Intervention sind nicht ernst zu nehmen, denn im Gegenteil, es liegt nur im Interesse der Randstaaten, daß die Bolschewisten an der Macht bleiben sollten. Wenn also Kadeb pathetisch ausruft, daß der „Kapitalismus den Sowjet-Splitter aus seinem Körper herausreißen“ will, so irrt er sich gewaltig. Das „kommunistische Paradies“ Kadebs hat schon längst aufgehört, ein Schrecken für Europa zu sein. Im Gegenteil, die Bolschewisten haben mit ihren „glänzenden Experimenten“ der westeuropäischen Reaktion im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung große Dienste geleistet. Zur Zeit sind Kadeb und Genossen mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland beschäftigt, so daß niemand in West-Europa auch daran denkt, diesen „Sowjet-Splitter“ herauszureißen.

Doch, wenn all diese Konferenzen und militärischen Abkommen der Randstaaten auch keine neue Intervention bedeuten, so muß doch gesagt werden, daß sie gegen Rußland und das russische Volk gerichtet sind. Der beste Beweis dafür, daß der militärische Zusammenschluß der Randstaaten nicht gegen den Bolschewismus, sondern gegen das russische Volk gerichtet ist, sind folgende Sätze des den rumänischen Regierungskreisen nahestehenden Budapest Organes „L'orient“: „Wenn das Sowjet-Regiment durch eine nationale Regierung ersetzt wird, so kann die Ostgrenze Polens einer Gefahr ausgesetzt werden, doch wird dann auch nicht Rumaniens Grenze in Gefahr sein? Tatsächlich sind deshalb die Interessen Polens und Rumaniens identisch.“ Das Budapest Blatt sagt also ganz offen, daß Polen und Rumänien die Bolschewisten nicht zu fürchten brauchen und das diesen Staaten die Gefahr vielmehr von dem vom Bolschewismus befreiten russischen Volke drähe. Das militärische Abkommen zwischen Polen und Rumänien soll also die Annexionen des Friedensvertrages von Riga für Polen sichern, ebenso die Annexionen von Litauen durch Rumänien.

Die Konferenz in Helsingfors hat zu keinem militärischen Abkommen zwischen den baltischen Randstaaten einerseits und Polen und Rumänien andererseits geführt. Die baltischen Staaten, vor allem Litauen, trübten sich

Erregen, den sie fürchten in die aggressive Politik der polnischen und rumänischen Militaristen und Imperialisten hineingezogen zu werden. Jedoch der Druck, der auf sie von Frankreich besonders stark ausgeübt wird, ist zu stark, als daß sie sich ihm auf die Dauer entziehen könnten. Falls auch die baltischen Randstaaten sich dem militärischen Abkommen Polens und Rumaniens anschließen würden, so wird Rußland mit einem Ring von Staaten umzingelt, die ein militärisches Bündnis miteinander geschlossen haben, welches aggressive Ziel gegen Rußland verfolgt.

Die russische Demokratie ist den Traditionen ihrer März-Revolution treu geblieben. Sie erkennt voll und ganz das Selbstbestimmungsrecht der Völker an, die feinerzeit dem Zarenreiche angehört haben. Doch um so mehr hat sie das Recht auf Selbstbestimmung des russischen Volkes zu verlangen. Indessen ist aber dieses Recht durch den Friedensvertrag von Riga und die gewalttätige Annexion von Bessarabien mit Füßen getreten worden. Jeder Versuch der Randstaaten, die Ungerechtigkeiten, die sie zur Zeit an dem vorübergehend geschwächten Rußland ausüben, durch Abschluß von militärischen Abkommen zu besiegeln, wird notgedrungen über kurz oder lang zu schwierigen Komplikationen im Osten führen, die den allgemeinen Frieden in Europa gefährden werden.

Ökonomisch, kulturell und politisch sind die Randstaaten an Rußland gebunden, die vielen verschiedenen Fragen, die zwischen Rußland und den Randstaaten zu regeln sind, müssen mit Rußland auf dem Wege von Verhandlungen geregelt werden. Wenn aber die Randstaaten künstlich gegen Rußland verhetzt werden, wenn sie sich unter Frankreichs Hegemonie mit dem bestimmten Zweck zusammenschließen, eine aggressive Politik gegen Rußland zu führen, so wird das nur zu gewalttätiger Lösung der komplizierten Fragen des Ostens führen und somit wahrscheinlich einst einen neuen europäischen Krieg entfesseln. Will Europa einen dauerhaften Frieden haben, soll ein neuer Krieg in naher Zukunft vermieden werden, so muß das öffentliche Gewissen Europas entschieden dagegen Verwahrung einlegen, daß die Randstaaten feindliche Pläne gegen das russische Volk schmieden. Ueber eins muß man sich in Europa klar sein, daß das große russische Volk, das ein Volk von über hundert Millionen Menschen ist, es nicht dulden wird, daß man ihm auf die Dauer große Gebiete mit Gewalt entreißt und daß ein Ring von feindlich gesinnten Staaten unter künstlicher Aufrechterhaltung der Pariser Militaristen ihm den Zugang zum Meere sperrt.

Gesetz über den Achtstundentag.

Das Reichsarbeitsministerium hat jetzt dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat einen „Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter“ vorgelegt. Der Entwurf sieht die endgültige Regelung und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages vor. Bisher besteht noch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums, die die allgemeine Arbeitszeit im November 1918 auf 8 Stunden begrenzte, Gültigkeit. In der Hauptsache war diese Verordnung bestimmt, die alten bestehenden gesetzlichen Vorschriften außer Kraft zu setzen, soweit sie den neuen Bestimmungen zuwider liefen. Außerdem gab die Verordnung dem Demobilisierungskommissar das Recht zu Zusatzmaßnahmen. Der vorgelegte Entwurf herabdrückt insbesondere die Beschäftigten der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington. Neben Vorschriften über die Arbeitszeit im eigentlichen Sinne sind auch verschiedene Schutzvorschriften für Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder in dem Entwurf enthalten.

Deutsch-italienisches Handelsabkommen.

Wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, wurde gestern im Arbeitsszimmer des Staatssekretärs von Haniel das deutsch-italienische Handelsabkommen unterzeichnet. Deutschseits nahmen außer dem Staatssekretär Geisler von Mutius und Konsul Immelen teil, italienischerseits Vizekonsul Frassati und Botschaftsrat Guarnieri.

Wilhelm und Bismarck.

Der Cotta'sche Verlag hat mit dem Verfasser über die Veröffentlichung des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen Bismarcks“ eine Verständigung erlangt. Der Verfasser hat auf das jüngste Urteil des Kammergerichts, das ihm den unehrenhaften Schuß über den Abdruck der von ihm und Kaiser Friedrich verfaßten Briefe gestattet, verzichtet. Der Verlag Cotta hat eine hohe Summe für Rohmaterialien, die zur Verfertigung des Buches erforderlich sind, erhalten. Wilhelm von Amerongen zu bestimmen. Ansehend sucht Wilhelm sich so auf Kosten anderer in Deutschland populär zu machen und spekuliert auf die während seiner Regentzeit vorherrschende politische Indifferenz. Wir können ihm versichern — er hat sich verrechnet.

Aus der Provinz Schlessen.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Aus W o s l a u schreibt man uns:

In der am 26. d. Mts. im „Deutschen Hause“ hier selbst abgehaltenen Protest-Versammlung des hiesigen Sozialdemokratischen Vereines, an der über 600 Personen aller Stände teilnahmen, sprach der Landtagsabgeordnete Genosse W i n z e r aus Breslau über: „Gegen den Lebensmittelwucher“. Der Redner führte aus:

Der Lebenswucher, der durch den Krieg bis zum Rande angefüllt wurde, muß das deutsche Volk ansehnend bis zur Keule leeren. Die Lebensmittel haben die Weltmarktpreise bald erreicht. Das Volk ist zum großen Teil jetzt Schuld daran, indem es den falschen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien vor der letzten Reichstagswahl geglaubt hat. Wer nun diesen Parteien keine Stimme gegeben hat, ist jetzt an den Bolschewisten mitschuldig. Die Sozialdemokratie hat stets gegen den Wucher gestimmt. Die Agrarier haben sich getraut gemacht, das beweist der heutige Hypothekenstand. Der Patriotismus der Großgrundbesitzer dürfte doch jetzt zur Genüge bekannt sein.

Die Sozialdemokratie hat vor Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft gemerkt, infolge der bürgerlichen Mehrheit trat das letzte Umsetzungsverbot in Kraft. Die Sozialdemokratie hielt wiederum den Antrag, für die Getreidezwangswirtschaft 4% Millionen Tonnen Getreide höher zu stellen. Der Reichstagsbescheid infolge der bürgerlichen Mehrheit war 2% Millionen Tonnen. Die Folge war, daß nach einigen Monaten diese Menge verbraucht sein wird und daß das Brot demnach 10-12 Mark kosten wird. Da so etwas möglich ist, ist es nicht

von der Hand zu weisen, daß nur kapitalistische Vertreter den meisten Einfluß haben.

Der Landbund hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem behauptet wird, daß der Landwirt garnicht loyale bekommt. Bei diesen Zeiten ist es doch klar, daß der Appetit beim Essen kommt. Es ist nun wirklich an der Zeit, daß das Volk, d. h. die Kopf- und Handarbeiter, kleine Handwerker, Rentner, endlich aufwacht, und bei der etwa zum Herbst kommenden Reichstagswahl seine Stimme der Partei gibt, die für gerechte Lebensmittelpreise und richtige Besteuerung eintritt. Es dürfte doch nicht unbekannt sein, daß der Reichstag über diese Krise nicht hinweg kommen dürfte, da die Bergweilung bereits aus Höhe geliegen ist. Dies sollten die Befürworter sich endlich überlegen. Kein Mensch verlangt, daß die Landwirte für ihre harte Arbeit nicht genügend entlohnt werden, diese, besonders die Großagrarier, sind aber zu profitgierig und nehmen auf die arderen Volksschichten keinerlei Rücksicht. Die landwirtschaftlichen Produkte und die übrigen Bedarfsartikel kosten jetzt bis 15 bis 20fache wie in der Vorkriegszeit, die Gehälter und Löhne betragen aber zurzeit durchschnittlich nur das Sechsfache, in ganz seltenen Fällen das Acht- bis Zehnfache der Vorkriegszeit. Hier muß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden. Gefordert muß werden, daß die Einfuhr von Luxusartikeln verboten wird, damit mehr Lebensmittel eingeführt werden können.

Zweifellos sind wir noch nicht am Ende der Teuerung, so daß jeder einzelne nebst den Frauen das Bestreben haben muß, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen und sich politisch zu organisieren, um demnächst den Wahlsitz für die Partei abzugeben, die die Lebens-Interessen der Allgemeinheit vertritt, das ist nur die Sozialdemokratie.

Nach einer freien Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen, die dem Reichstags-Präsidenten übermittelt werden soll:

Die heute im Lokal des Herrn Thiem in Wohlau von mehr als 600 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung protestiert aufs energischste dagegen, daß allmählich die Zwangswirtschaft im Interesse der Agrarier, aber zum allergrößten Schaden der breiten Masse, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, kleinen Handwerker und Rentner, abgebaut wird. Dadurch werden vorgekommene Volksklassen der Verelendung und dem Ruin entgegengesührt. Wir verlangen von dem Reichstags-tage ganz entschieden, daß er auf dem Wege der Notgesetzgebung Maßnahmen trifft, die verhindern, daß die Landwirte das Getreide und Kartoffeln zu Wucherpreisen verkaufen, während die breite Masse Hunger leidet. Wir verlangen weiter von dem Reichstags-tage, daß er dafür Sorge trägt, daß die Löhne der Arbeiter und Beamten erhöht werden, damit ein Ausgleich der unerhörten Teuerung gegenüber getroffen wird.

Nach einer kurzen Ansprache des Parteisekretärs Genossen Bogt und einem Schlußwort des Redners, wurde die Versammlung von dem Vorsitzenden, Genossen Baumgart, geschlossen.

Aufgaben und Ziele des Arbeiterjugendvereins.

Aus Steinau a. O. schreibt man uns:

Am 28. d. M. fand hier eine Versammlung der Arbeiterjugend statt, in der Jugendbezirksleiter Genosse Z i m m e r - B e s s e n sprach.

In seinen Ausführungen über „Aufgaben und Ziele des Arbeiterjugendvereins“ wußte er den anwesenden 70 Jugendgenossen in bester Weise klar zu machen, wozu sie gehören. Er schloß, daß zunächst eins die arbeitende Jugend zusammenzuführen müsse: Die gemeinsame Not. In eingehender Weise besprach er dann die noch heute so schlechten Verhältnisse, unter denen die gesamte Arbeiterschaft und mit ihr vor allem die wertvollste Jugend zu leiden habe. Wirtschaftliche Befreiung ist deshalb unser erstes Ziel. Hier muß eng mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet werden.

Im Verein aber haben wir die Aufgabe, uns durch gemeinsame Arbeit geistig fortzubilden, zu lernen nach jeder Richtung hin und uns das geistige Rüstzeug für unsere späteren staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Pflichten zu erwerben. Aber auch die Freude und Lust der Jugend bei frohem Spiel muß zu ihrem Recht kommen. Keiner der Lehrlinge braucht sich zu schämen, daß er zur Arbeiterschaft gehört; denn der Arbeiter erhält die Best. Ohne seiner Hände Wert hätten die Drogen, die ihn auslaugen, nichts zu leben. Gleichviel, ob wir Kaufleute oder Handwerker, Buchbinder oder Kadeb sind: Wir tragen das gleiche Los und müssen uns alle zusammenschließen zu gemeinsamer Arbeit. Darum darf es für alle Arbeiterkinder nur heißen: Hinein in den Arbeiterjugendverein!

Die Ausführungen fanden bei den anwesenden Jugendlichen und Erwachsenen reichen Beifall. Im Anschluß daran fand die Gründung eines Arbeiterjugendvereins statt. Sämtliche Anwesenden Jugendlichen ließen sich aufnehmen.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	29. 8.	28. 8.		29. 8.	28. 8.
Amerikan. Dollar	1.15	1.16	Schweiz. Franken	6.77	6.84
Englische Schilling	6.26	6.31	Österr. Kronen	945.18	992.06
Frankf. Franken	14.84	14.99	Polnische Mark		
Holländ. Gulden	3.69	3.74	Schwed. Kronen	97.70	98.47

Wasserstand.

am 30. August 1921.

Kaifer	0.82	Kaifer (Unter-Regel)	1.30
Kaifer	2.10	Breslau (Ober-Regel)	4.24
Cöfel	0.83	(Unter-Regel)	2.44
Wies (Mittleren)	1.21	Treßden	0.84
Kaifer	1.12	Wiesenthal	0.28
Kaifer (Ober-Regel)	3.90		

Wassermenge: 12,5°

Bereinstalender.

Deutscher Arbeiter-Verein. Dienstag, nachmittags 5 Uhr findet im Garten des Friedberges eine große öffentliche Protestversammlung über im Eisenbahndienst beschäftigten Beamten und Arbeiter statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen in Berlin. 2. Freie Aussprache und Beschlußfassung. Die übrigen Eisenbahner-Vereine sind hierzu mit eingeladen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung und dem Ernst der Stunde ist es Pflicht eines jeden einzelnen, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. J. A. Großmann.

Breslauer Lehrerverein. Mittwoch, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gymnasiums: Öffentliche Volksversammlung. (Nächstes hohe Interesse.)

Deutscher Arbeiter-Verein. Donnerstag, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gymnasiums: Große Versammlung. (Nächstes hohe Interesse.)

Deutscher Arbeiter-Verein. Freitag, den 2. September, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gymnasiums: Große Versammlung. (Nächstes hohe Interesse.)

Breslauer Herbstmesse

14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31. September. 1500 Aussteller.

Die Messe verschafft Ihnen mit den geringsten Kosten den schnellsten Überblick über die neuesten Erzeugnisse, über die Lage des Marktes und die Gestaltung der Preise.

Jeder Gewerbetreibende, Handwerker, Gastwirt, Kaufmann, Industrieller fährt zur Breslauer Messe

Messe-Ausweis zum beliebig häufigen Besuch aller Messehäuser giltig an allen Tagen 15 Mark

Verkaufsstellen: Barasch, Verkehrs-Verein, Nordd. Lloyd, Packfahrgesellschaft, Wohnungs-Nachweis durch den Verkehrs-Verein, Am Hauptbahnhof

Breslauer Messe-Gesellschaft
Ohlauerstr. 87, Fernspr. Ring 2738 u. 8202, Telegr. Adr. Messe Breslau

Papier
Bürobedarf
Verpackungsmittel
Rechtstoffe, Drogen
Haarpflegete, Chic.
Gummiwaren
Lebens- u. Genussmittel
Getränke
Tabakwaren

Webwaren
Bekleidungsstoffe
Schuhe, Pelze
Galerie, Jmd. Gold
Tücher, Kunstgewerbe
Porzellan, Hausrat
Lederwaren

STADT-THEATER
4. nachm.: Der Wafenschmied
abends: Eine Nacht in Venedig
5. Tannhäuser
6. Orpheus i. d. Unterwelt
7. Rigoletto
8. Die Meistersinger v. Nürnberg

Lobe-Theater: Nibelungen
Schauspielh. Hollandweibchen
und Die Tanzgräfin.
Thalia Th. Hummelstudent.

Wodenschau
5. u. 2. Septbr.
Großerkongress
Neueste Modelle
erster Firmen
Deutsche Lichtbildgesellschaft
Industrie-Film

Familiennachrichten

Am 26. August verschied unerwartet
**Herr Fabrikdirektor
Ferdinand Winkel**

Durch seine humanen Eigenschaften war er uns stets ein lieber Vorgesetzter und werden wir ihm über sein Grab hinaus ein dauerndes Andenken bewahren. 6332

Sämtliche Arbeiter der Firma
Gehr. Bauer.
I. A.: Der Betriebsrat.

Zurückgekehrt

San.-Rat Dr. Reithner
Matthiasstraße 95.

Die Frauen im Leben Mozarts
von Carola Belmark
Illustriert, bisher 3 Mk.,
nur 2 Mk.

Bestellungen werden von der Expedition des Blattes sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Große Versammlung.

Wittwoch, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Wichtig! Herren- u. Anabenkleider-Konfektion Wichtig!

Tagesordnung: Reichstärkerverhandlungen u. Lohnverhörunge
in der Herren- und Anabenkleider-Konfektion.

Alle in der Herren- und Anabenkleider-Konfektion Beschäftigten sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Breslau, Margaretenstr. 17. 6364

Großer Saal des Schießwärders
Mittwoch, 31. August, abds. 7 1/2 Uhr
Oeffentliche Volksversammlung
Generalsekretär Tews aus Berlin spricht über den Reichsschulgesetz-Entwurf und über die der Schule daraus drohenden Gefahren. Die Wichtigkeit der Frage zwingt jeden, in der Versammlung zu erscheinen. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pl. erhoben.

Breslauer Lehrerverein

Deutscher Verkehrsband (Mk. Straß- und Leichenk.)
Am 28. August starb nach langem, schweren Leiden die Frau unseres Kollegen, des Schaffners Patke

Frau Margarete Patzke
im blühenden Alter von 24 Jahren. 6356

Ehre ihrem Andenken!
Die Kollegen der Frau, Beerdigungskomitee der städtischen Straßenbahn.
Beerdigung: Mittwoch, 31. August, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Laurentius, Auenstraße, aus.

Nächste Woche Ziehung

3. bis 6. September
Ostmarken-Geldlotterie
10 639 Gewinne mit zusammen Mark
250 000
60 000
40 000
20 000

Lose zu 4.— Mk. und Gewinnliste 1.40 Mk. mehr.
10 Lose sortiert a. ver-schied. Taus. 10 Mk.

Nur Originallose empfindet und versendet, auch gegen Nachn.:
Lotteriebanc
R. Arndt, Breslau 5
Neue Schwandorfer Straße 2, Eckhaus Taubentierplatz. 6229

15. u. 16. September
Große Schlesiache Pferde-Lotterie
Kampfgewinn 1 Wagen mit 4 Pferden, Wert
50 000 Mk.
20 Pferde im Wert von
50 000 Mk.

Lose zu 3.— Mk. Porto und Liste 1.40 Mk. mehr.
10 Lose sortiert a. ver-schied. Taus. 30 Mk.

Je früher desto billiger. Wir verkaufen noch zu Sommerpreisen. — 6339

Infolge der zu erwartenden Teuerung haben wir uns rechtzeitig mit riesigen Posten Möbeln eingedeckt, die täglich neu hereinkommen. Wir wollen die Letzten sein, die mit den Preisen heraufgehen müssen.

Die Möbel steigen!
Je früher, desto billiger!
Keine billigen Möbel zu billigen Preisen — sondern ausgesucht gute Möbel zu billigen Preisen!

Der Name **Buchmann** bürgt für Qualität!
Sicheren Käufers Monatsraten.
MOBELHAUS GEBR. BUCHMANN
Wachtplatz, Eingang nur Fischergasse 2, I.

Lüftiges

Lebensmittel
vollständig 8 Augen verschwinden durch Odeurmer's Medizin

Lebensmittel
vollständig 8 Augen verschwinden durch Odeurmer's Medizin

Dr. Odeurmer's Medizin

Bekanntmachung!

Dem geehrten Publikum zur gefl. Kenntnis, daß infolge der immer teurer werdenden Wirtschaftsverhältnisse und der fast unerträglichen geschäftlichen Belastungen die Bedienungspreise ab 1. September d. J. um 50% erhöht werden. G 391

Die Arbeitsgemeinschaft für das Friseur- und Haargewerbe.

Beste Hauswäschesoife, garantiert rein
Rudolph Balhorn, Breslau 13. Seifen- und Parfümerien-Fabrik
5 Verkaufsstellen am Platz. 3263

Ruba-Seife

Zitrit der Schwabentod
besiegt Schwaben Russen Flöhe Ameisen

in 3 Tagen vollständig

Beutel 2.50 M. u. 6 M. in Drogerien, Apotheken usw. Engros durch die Grossisten u. vom Hersteller Gustav Bloch, Bestes 6, Friedr.-Wilh.-Str. 19, Tel. Ring 6194.

Zu kaufen gel.
Uitmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Jüngling, Eisenaustr. 4. 6302

Zum Verkauf
5 gute, neue Anzüge und 2 Uister
mittlere Figur, hochbillig zu verkaufen. Beschäftigung Mittwoch, nachmittags 3-7 Uhr, J. Engels, Döblichstr. 11, I.

Das Programm der Sozialdemokratie

Vorschläge für seine Erneuerung
fortgesetzt nur Mark 7.50

Verhandlung „Volkswacht“
modernes Antiquariat
Breslau 3 :: Neue Graupenstraße 5.

SOBEN KESCHLEMMEN:
Der Weg zum eigenen Heim
von ERNST HENTZE: Gesamtabzahl. 2 Bände. Preis 2 Mk. und 20% = 1.20 Mk. Der Botschaft Best. = 1.40 Mk. Der Botschaft Best. = 1.40 Mk. Der Botschaft Best. = 1.40 Mk.

Bücherfreunden empfehlen wir:
Gottfried Keller's Werke
in schönen modernen Pappbänden
enthaltend: Der grüne Heinrich (2 Bände)
Züricher Novellen
Die Leute von Seldwyla
Martin Salander
Sieben Legenden
Gedichte
insgesamt 126 Mark

gegen Wochenraten von 5 Mk., bei 16 Mk. Anzahlung. Auswärts Porto-Zuschlag.

Buchhandlung „Volkswacht“, mod. Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Bestellchein.
Hiermit bestelle ich per Nachnahme
Gottfried Keller's Werke
enthalten: Der grüne Heinrich (2 Bände), Züricher Novellen, Die Leute von Seldwyla, Martin Salander, Sieben Legenden, Gedichte, für 126 Mk. In Wochenraten von 5 Mk. und zahle 16 Mk. vor.

Name:
Ort und Straße:

Sozialdemokratie u. Kirchentum
Preis 45 Pfg. — auswärts 10 Pfg. Porto
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes, sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen.

Arbeitsmarkt

Lüchtige Wickelmacher, Zigarrenmacher u. eine Sortiererin
sodort gesucht
Breslauer Zigarren-Fabrik, Sturitz 4.

Sofen-Näherinnen
sucht Gensch, Ursulinerstraße 19/20, II. 6353

Lüchtige Maurer
für einen größeren Neubau
sodort gesucht
Baugesell. R. Ditzka,
Serdainstraße 45. 6350

Zoppenschneider
Taxil Ia, gesucht
Nathan Levy
Keuschelstraße Nr. 51.

Reffelschmiede
gesucht durch den Arbeitsnachweis an
Euzinger-Werke A.-G.
Wtl. Breslau, Breslau III.

Inserate
erzielen in der „Volkswacht“ den größten Erfolg!

Massen heraus!

Schützt die Republik!

Rampf den Mörder-Parteien, den Verderbern Deutschlands! das ist die Parole zu der morgen Mittwoch, den 31. August, nachmittags 5 Uhr, auf dem Schloßplatz stattfindenden

Demonstration

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Frauen und Männer aller Stände! Heraus! Bis hierher und nicht weiter! entgegen. Rufft den deutschnationalen Verbrechern und Brotwucherern ein donnerndes... Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Breslau. - Allgemeiner freier Angestelltenbund. Sozialdemokratische Partei. - Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 30. August

Sozialdemokratischer Verein.

Abteilungsleiter! Distriktsleiter! Zu der Massenversammlung am Mittwoch... 4 1/2 Uhr auf der Schloßrampe.

Abteilung Oberster (Distrikt 16, 17, 20). Dienstag, den 30. August, abends 7 1/2 Uhr, bei Niebig, Maßgasse 52/54: Wichtige Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre der Abteilung.

Abteilung Nikolaitter: Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre, Donnerstag, den 1. Sept., abends 8 Uhr, bei Heinrich, Andreeßenstraße 39, zu der auch die Obsteute der Jugendheim 5, 8 und 9 eingeladen sind.

Elternbeiräte S. P. D. Donnerstag, den 1. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal: Versammlung. Redner: Genosse Kaufmann.

Arbeiter in Borgnechtenschaft.

Während des nunmehr beilegenden Bergarbeiterstreiks im niederschlesischen Kohlenrevier sah sich die Streikleitung in Neu- rade veranlaßt, die Defensivtätigkeit auf das arbeiterfeindliche Gebaren gewisser Geschäftsleute hinzuweisen, das sich u. a. auch in der Aufforderung kund gab, den Bergarbeitern nichts mehr zu sorgen. Das ging natürlich wiederum vielen Händlern und Krämeren gegen das Geschäftsinteresse, und darum erklärten schnell ein kaufmännischer Verein und auch ein Radfahrerverein, daß jeder Geschäftsleute seiner „alten treuen Kundenschaft“ gerne weiter Sorge. Man erkennt daraus, daß unter den Bergleuten der niederschlesischen Reviers der konjunkturgenossenschaftliche Gedanke leider noch nicht allzu tief in Wurzel geschlagen hat. Sätten sie durch starke, leistungsfähige Verbraucherorganisationen der Borgnechtenschaft entgegengezeichnet, hätten sie sich aus den mit Hilfe ihrer Konsumvereine erzielten Einkaufersparnissen Notfonds für Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis geschaffen, der Zwang, zu sorgen, wäre ihnen nicht so fühlbar geworden, und Händler kämen nicht in die Lage, sie ihre wirtschaftliche Abhängigkeit spielen zu lassen.

Was für das niederschlesische Kohlenrevier hier gesagt wird, gilt auch für Breslau. Die steigenden Warenpreise werden immer mehr und mehr zu Lohnkämpfen, zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum führen. Bei lang anhaltenden und erbitterten Lohnkämpfen wird es sich bald bemerkbar machen, daß die Arbeiterchaft nicht alle Mittel erschöpft hat, die ihnen die Kampfführung ermöglicht und den Sieg sichert. Tausendmal muß es allen Arbeitern und Beamten in die Ohren geschrieben werden: „Wollt Ihr den Sieg, wollt Ihr Euer Ziel erreichen, dann müßt Ihr auch genossenschaftlich organisiert sein.“

Wäge aus den jüngsten Erfahrungen die Erkenntnis erwachsen, daß genossenschaftliche Selbsthilfe das Mittel zur Befreiung aus Schuldnenschaft bedeutet, und möge diese Erkenntnis zum Ausdruck kommen im Massenbeitritt zu dem Konsumverein „Vorwärts“ und seinen raschen Ausbau zu einem starken Wirtschaftsgesellschaft. Dann braucht man nicht die Frage: „Wird der Käufer auch sorgen oder nicht?“ nicht mehr zu erörtern.

Zum Auskand in den Hinkel-Hofmann Werken.

Von der Streikleitung werden wir ersucht, noch folgender Darstellung über die Ursachen des Streiks Raum zu geben.

Die Behauptung, daß die in den H. H. W. Beschäftigten sich den Organisationen gegenüber gleichgültig zeigen, und ein großer Teil in geübten Verbänden organisiert sei, muß als unwahr bezeichnet und zurückgewiesen werden. Die Kontrolle bei den verschiedenen Versammlungen ergab, daß der überwiegende Teil der Arbeiter der einzelnen Verbände dem ADGB angehört.

Auch der Verkauf der Bewegung war ein anderer, als in dem Artikel geschildert wurde, den die „Volkswacht“ in der Freitagnummer veröffentlichte. Die einzelnen Abteilungen hatten bereits vor längerer Zeit Forderungen auf Lohnerhöhung dem Betriebsrat zur Beförderung an die Betriebsleitung vorgelegt. Da dieselben ohne Antwort blieben, wurde die Forderung aber in den letzten Wochen ganz enorm anwuchs, wurde die Erregung unter den Lohnarbeitern immer größer.

Betriebsrat Sitzung und verschiedene Vertrauensleute berieten nun für Mittwoch, den 17. d. Mts., eine Versammlung im Speiselaale ein, wo zu den gestellten Forderungen Stellung genommen werden sollte. Es sollten auch Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes, welche Bescheid wußten, sich zu den Wünschen äußern. Da vom Transportarbeiter-Verband niemand erschienen war, wurde die Versammlung vertagt, es wurde aber eine Kommission ernannt, welche im Büro vorstellig werden sollte. Dies geschah im Gewerkschaftshaus wurde im Beisein der Kommission ein Schreiben vom Kollegen, Stabrat Senf, an den Verband der Metallindustriellen gerichtet zwecks Lohnverhandlungen. Es wurde ein Ultimatum bis Freitag, den 13. d. Mts., gestellt.

Am Sonnabend fand dann wieder eine Versammlung im Werke statt, an welcher Kollege Hoffmann vom Transport-

arbeiter-Verbande teilnahm und wo das Ergebnis des Schreibens vom 17. August bekannt gemacht werden sollte. Der Verband der Industriellen teilte mit, daß er alle Forderungen ablehne, darauf wurde beschlossen, in passiver Resistenz zu treten.

Als nun Montag die Arbeiter in passiver Resistenz verharren, erlösten Kollege Stadtrat Senf und teilte mit, daß die Direktion der H. H. W. gewillt wäre, zu verhandeln, aber nur unter der Bedingung, daß man die Arbeit wieder aufnehme. Die Arbeiter stellten nun an den Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes die Frage, wie er sich stelle, wenn die Verhandlungen nichts bringen, worauf derselbe erwiderte: „Ja, wenn die Verhandlungen so ausfallen, daß sie Euch in keiner Weise befriedigen, dann könnt Ihr immer noch streiken und ich werde dafür sorgen, daß Unterstützung gezahlt wird!“

Als nun Dienstag-Morgen der Bescheid vom Betriebsrat Schöls bekannt gegeben wurde, und die Arbeiter erfuhren, daß man es wieder abgelehnt hatte, eine Zulage zu gewähren, brach ein ungeheurer Sturm der Entrüstung aus und man beschloß, sofort in den Streik zu treten. - Man versammelte sich in den einzelnen Abteilungen und zog dann geschlossen zum Gewerkschaftshaus, wo man die Anerkennung des Streiks forderte, welche aber vom Metallarbeiterverband abgelehnt wurde.

Die Behauptung des Artikelchreibers, daß wüste Räumereien von 2 Stunden in der Versammlung vorgekommen sind, ist glatt erlogen.

und das Glied in den Familien scharf am sich greift. Es wurde nachfolgende Entschädigung angenommen:

Die am 29. August in der „Wilhelmsburg“ tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der Verwaltungskasse Breslau nimmt Kenntnis von dem minimalen Zuzugsbetrag des Unternehmers von 50 resp. 60 Pfg., die den enorm gestiegenen Preisen für Lebensmittel nach Bedarfsartikel in gleicher Weise gerecht werden. Da namentlich noch lange nicht die Errechnungen des Lohnantes erreicht werden, geschweige denn das Existenzminimum eines Arbeiters sicher gestellt ist, erwartet die Versammlung eine schleunigste Wiederaufnahme der Lohnregulierung in Höhe der geforderten Sätze. Nur unter dieser Voraussetzung stimmt die Versammlung dem Verhandlungsergebnis zu als Montagzahlung.

Desgleichen fordert die Versammlung ganz energisch die Anerkennung des Reichsmanteltarifes seitens der hiesigen Zehnerinnung und fordert die Verwaltung auf, nötigenfalls mit allen gewerkschaftlichen Nachmitteln die Unterschritt zum Reichsmanteltarif zu erzwingen.

Der Vorsitzende wies unter Verschiedenem auf die Vorträge für die Betriebsräte hin. Alle Kollegen, welche an der Kurien teilnehmen wollen, sollen sich unverzüglich im Büro des Verbandes melden.

Verächtlichmachung des Reichspräsidenten.

Das Breslauer Halbtagespapier, die „Schlesische Tagespost“, versteht heut eine Meldung über eine Unterredung, die Reichspräsident Ebert dem Vertreter eines angesehenen amerikanischen Institutes gewährte, mit der Ueberschrift: „Ebert redet Unfug“. Und zum Schluß sagt das laubere Blatt:

„Fritz Ebert hat sich vor seiner Unterredung sicherlich alle Mühen gegeben, um sich nicht weniger schmerzhaften „Vorwärts“ zu Gemüte geführt, um sich nicht zu sehr bloßzustellen. Ob allerdings die Franzosen sich auf Grund des Reichspräsidenten zu einer Revision des un-demokratischen Friedens verstehen werden, darf man füglich bezweifeln. Wir möchten dem Reichspräsidenten den Rat geben, sich möglichst wenig im öffentlichen Leben bemerkbar zu machen, denn er wird ja doch nicht ernst genommen.“

In dieser Weise hegt das Blatt alle Tage. Darf das länger geduldet werden? Uebrigens würde es heut um Deutschland Besser bestellt sein, wenn der ehemalige Kaiser sich selbst die vornehmste Zurückhaltung gelibt hätte, die den Reichspräsidenten Ebert auszeichnet.

Gestirne polnischer Attentäter.

Auf dem Hauptbahnhof in Breslau wurden gestern zwei Polen festgenommen, gegen die von einem Sekretär der englischen Kommission in Opatow Anzeige wegen Uebertretung im Zuge Berlin-Breslau, wobei der Engländer im Gesicht und am Hinterkopf verletzt worden ist, verurteilt worden war. Der eine der Polen, der englische Offiziersuniform trug, entpuppte sich als ein Mitglied der polnischen Viehhändlerkommission, namens Alexander Tomasiwicz aus Warschau, der während des Polenaufstandes in Lublin eine Rolle gespielt hat. Bei der polizeilichen Vernehmung, die in Gegenwart von zwei Mitgliedern der englischen Kommission in Breslau vorgenommen wurde, gab der polnische Oberleutnant Tomasiwicz auf die Frage nach Herkunft seiner englischen Militäruniform die Antwort, daß er sie aus Paris habe.

Wie wir hören, verlangt die polnische Viehhändlerkommission in Breslau auf Grund des Vorrechts der Exterritorialität die Freilassung des als Engländer verkleideten polnischen Oberleutnants, der dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden ist.

Bei der Firma Hardegen u. Co., elektrotechnisches Büro sind die beschäftigten Monteure und Helfer in den Streik getreten, wegen Nichtinnehaltung der tariflichen Vereinbarung. Wir bitten, Zugang zu vermeiden.

„Einigkeit 1924“. Mittwoch, den 31. August, 18 Uhr: Zusammenkunft, Neue Weltgasse 44.

Die Firma Rudolf Petersdorff weihte am Sonntag in ihren festlich geschmückten Partieräumen eine bronzene Gedenktafel für ihre im Weltkriege gefallenen Angestellten ein. Harmoniumspiel, Chor- und Sologebung rahmte die würdige Feierstimmungsrufe ein. Der Inhaber des Hauses und der Obmann des Betriebsrates gedachten in kurzen, aber ergreifenden Worten der Toten. Die Tafel wurde vom Kunstmalcr Sianballe entworfen, durch den Bildhauer Edmund Runje ausgeführt.

Zubläum. Die Maurerpollere Gottlieb Kirisch und Karl Simon können in diesem Jahre auf eine 49. bzw. 40-jährige andauernde Beschäftigung bei der seit 1873 hier bestehenden Firma G. Hirtel zurückblicken. Am Sonntag wurde den Jubilaren die von der hiesigen Handwerkersammer ausgestellte Ehrenurkunde für über 40-jährige treue Mitarbeit von dem Inhaber der Firma G. Hirtel, Herrn Erbitzell Hans Winderbager, überreicht.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute, Dienstag, findet die 25. Aufführung der Operette „Das Holländische Weibchen“, in der Premierenbesetzung statt.

Erfolglos. In Steglitz bei Berlin hat sich am Sonntag ein Mann erschossen, der sich Fritz Meiß nannte und angeblich Breslau zu sein. Bei dem Manne war das linke Bein etwas verkürzt und er ging daher lahm. Verwandte oder Bekannte werden ersucht, sich im Zimmer 9, Schulstraße 46, zu melden.

In das Polizeigefängnis sind in der Woche vom 21. bis 27. d. M. eingeliefert worden 205 Personen, darunter wegen: Einbruchsdiebstahls 4, einfachen Diebstahls 12, Fehleri 6, Betruges 2, Unterschlagung 4, gewerkschaftlicher Unzucht 2, Strohhebes 1, Nachtrabdiebstahls 2, Bettelns 3, Korbes 1, Raubes 2, Wucherhandels 2, groben Unfugs 4, Straftatenverbrechens 2, Verurteilung 12, Verbrechen gegen keimendes Leben 1, Sittenverletzung 8, Obdachlosigkeit 26, Schuges 4, Tüchtigkeit 15, Ausländer, 3, Falschmünzerei 2, Spionage 9, Sachbeschädigung 2, Feindverhetzung 1, Schloßerei 1.

Fahnen heraus!

Zu der großen Kundgebung am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, auf dem Schloßplatz, erscheinen alle Distrikte, Organisationen und sonstigen Vereine mit den roten Bannern der Partei und den schwarz-rot-goldenen Farben der Republik. Ueberhaupt müssen fortan die Farben der Freiheit stärker hervortreten.

Aus der Herren- und Knabenleiderkonfession.

Seit Monaten verhandeln die Organisationen über einen Reichstaxifortvertrag für die Herren- und Knabenleiderkonfession. Schwierigkeiten waren und sind noch zu überwinden. Namentlich bei der Zeitberechnung der einzelnen Stände stehen die Gegensätze hart an einander. Die weiteren Verhandlungen werden zunächst in einer kleineren Kommission beraten. Um aber einen Ausgleich der bestehenden Verteuerung herbeizuführen, hat die Deutsche Bekleidungsarbeiterverband eine noch mäßige Zwischenzulage gefordert. Im Anschluß an die Tarifverhandlungen fanden am 27. August in Berlin Verhandlungen darüber statt, die zu einer Entlohnung führten. Ueber diese Verhandlung wird am Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses Bericht erstattet.

Die Eisenbahn-Betriebsräte

des Bezirks Breslau haben folgende Entschädigung gefordert: Die am 27. August festgesetzte Kollierung der Bezirksbetriebsräte Bezirk Breslau nahm im Auftrage ihrer Wähler Stellung zu der gegenwärtig herrschenden Lebensmittel- und Bedarfsartikel-Teuerung und lehnt das Angebot der Regierung, den Eisenbahnbediensteten ab 1. August 1921 pro Stunde eine Mark mehr zu bewilligen, als zu gering erscheinend ab.

Die Eisenbahner sind von jeher im Lohn zum Verhältnis der Teuerung zurückgeblieben und als Arbeiter zweiter Klasse behandelt worden, welche nicht einmal die notwendigen Bedarfsartikel für ihre Familien beschaffen konnten, und sich in bitterster Notlage befinden. Wir fordern, um einigermaßen einen Ausgleich zur gegenwärtigen Teuerung zu schaffen, daß die von den Spitzenorganisationen aufgestellten Forderungen restlos bewilligt werden. Im Falle einer weiteren Verzögerung lehnt der Bezirksbetriebsrat jede Verantwortung ab.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Die Holzarbeiter haben in langwierigen Verhandlungen einen Tarif geschlossen, der als Reichsmanteltarif am 20. Juli in Kraft getreten ist. Die Lohnfrage aber wird in einem Landesvertrage geregelt. Deshalb haben in der vorigen Woche für den Landesbezirk Schlesien Verhandlungen stattgefunden. Wegen der sehr einseitigen Teuerung waren seitens der Holzarbeiter Forderungen auf Erhöhung der Löhne gestellt. Es war gefordert, für alle Arbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Mark. Diese Erhöhung ist um so notwendiger, als die Löhne der Holzarbeiter, besonders im Bezirk Schlesien, seit über einem Jahre zurückgeblieben sind, und einer starken Verbesserung bedürfen.

In der „Wilhelmsburg“ tagte am Montag eine Versammlung der Holzarbeiter, in der zu den Verhandlungen im Bezirk und mit der Junung Stellung genommen wurde. Aus dem Bericht der Kollegen König und Kuntke geht hervor, daß die vorläufigen Verhandlungen den Holzarbeitern keine ausreichende Erhöhung der Löhne gebracht haben, sondern nur eine vorläufige Zulage von 80 Pfg. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 22 Jahren. Diese Zulagezulage wird nicht, wie gefordert, ab 15. August, sondern ab 26. August gewährt.

Die örtlichen Verhandlungen haben ergeben, daß sich die Vertreter der Junung einsehen wollen, für dieselbe Ausgleichszulage ab 26. August. Ferner haben sich die Vertreter verpflichtet, dafür einzutreten, daß der Reichsmanteltarif von der Breslauer Zehnerinnung angenommen werden soll. Diese hat den Tarif bis jetzt nicht durch Unterschrift anerkannt.

Die Aussprache ergab laute Worte für das geringe Engagement der hiesigen Zehnerinnung in Bezug auf die notwendige Lohnregelung. Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Löhner mit ihren Löhnen an niedrigster Stelle stehen,

